

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 2

Rubrik: Tatsachen + Dokumente

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine immer größere Empörung hervorgerufen. André Philippe, Daniel Mayer, Jules Moch, Depreux und einige andere prominente Führer der SFIO haben ihre Stimme gegen das Verbrechen erhoben. Sie wurden aber von Guy Mollet wegen ihrer Opposition gegen den algerischen Krieg gemäßregelt, André Philippe wurde sogar aus der Partei ausgeschlossen. Die Haltung der Fraktion Guy Mollet belastet und kompromittiert den demokratischen Sozialismus und lähmt die Sozialistische Internationale. Die SPS distanziert sich ausdrücklich von dieser Politik.

In *Großbritannien* hat bei einer Nachwahl im Bezirk Rochdale die Labour Party einen Sitz auf Kosten der Konservativen erobert. Diese empfindliche Niederlage der Regierung beweist, wie unpopulär die Regierung McMillan geworden ist. Die Aufhebung des Mieterschutzes hat in weiten Kreisen der Bevölkerung die Stimmung gegen die Konservativen gewendet. Gaitskell verlangte die Demission der Regierung und Neuwahlen; die Konservativen wollen jedoch weiter am Ruder bleiben.

In den Vereinigten Staaten und in einigen europäischen Ländern zeigen sich alarmierende Anzeichen einer nahenden *Wirtschaftskrise*. Die großkapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik der republikanischen Administration trägt ihre Früchte.

J. H.-D.

TATSACHEN + DOKUMENTE

Wir veröffentlichen nachstehend das Schreiben des Parteivorstandes der SPS an das Sekretariat der Sozialistischen Internationale zur Frage der Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef.

Die Redaktion

An das Sekretariat der Sozialistischen Internationale
Genosse Albert Carthy
London

Liebe Genossen!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat zu der Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale zu der Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef Stellung genommen. Die anwesenden 66 Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bedauern es, daß das Büro der Sozialistischen Internationale das tragische Ereignis, welches zur Vernichtung von 72 Menschenleben, darunter Frauen und Kinder, führte, nicht eindeutiger und entschiedener verurteilte. Der Parteivorstand der SPS gibt seiner Empörung über den Militärangriff auf Sakiet Sidi Youssef Ausdruck.

Die verantwortlichen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sind im Blick auf die Entwicklung der Ereignisse in Algier und ihre internationalen Auswirkungen von großer Sorge erfüllt. Sie bitten die Mitglieder des Büros der Internationale, eindeutig im Sinne der Deklaration zum demokratischen und freiheitlichen Sozialismus, welche im Jahre 1951 in Frankfurt beschlossen wurde, Stellung zu nehmen und alles zu tun, um eine weitere Verletzung der Grundsätze der Menschlichkeit im algerischen Konflikt zu verhindern.

Mit sozialistischen Grüßen

Namens der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Der Präsident: *W. Bringolf*

Der Sekretär: *Jules Humbert-Droz*

Die Arbeiterpartei Norwegens zur Nationalisierungsfrage

Die Sonderkommission für Verstaatlichungsfragen der Arbeiterpartei Norwegens hat vor kurzem einen Bericht fertiggestellt, der unter dem Titel «Versuch, ein altes Problem neu zu überprüfen» in der Parteizeitung «Kontakt» erschienen ist. Wie die Kommission betont, handelt es sich hier, der Sachlage entsprechend, nicht um ein aufregendes Programm, sondern vielmehr «um den Versuch einer Klarstellung, mit der Absicht, der Partei behilflich zu sein, Richtlinien für ihre Wiederaufbauarbeit aufzustellen, für welche sie die Unterstützung des norwegischen Volkes zu gewinnen sucht».

Der Bericht ist jetzt den lokalen Parteiorganisationen unterbreitet worden, mit der Bitte um Kommentar und Anregungen, worauf er dann vor die Parteileitung und den Parteivorstand kommen wird. Der Parteitag vom Jahr 1959 soll sodann endgültig darüber befinden.

Der Vorschlag, eine solche Kommission einzusetzen, war ursprünglich von der Sozialistischen Jugend ausgegangen und wurde vom Parteitag von 1953 angenommen. Die Kommission zog weitere Parteimitglieder, die über besondere Fachkenntnisse auf den betreffenden Gebieten verfügten, zur Mitarbeit heran.

In dem Schlußabschnitt des Kommissionsberichtes heißt es:

«Wir wählten für unseren Bericht, nach einer Darlegung unserer Grundsätze, die Form einer eingehenden Analyse des Problems der Verstaatlichung, wie es sich in bezug auf die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens darstellt. Übereinstimmend kamen wir zu der Auffassung, daß die Verstaatlichung in den meisten Fällen nicht angezeigt ist, zum mindesten in der überschaubaren Zukunft. Als Sofortmaßnahme ist sie nur für kleinere Sektoren der Wirtschaft anwendbar.»

Wichtiger scheint jedoch die nachstehende Schlußfolgerung, zu welcher die Kommission einstimmig gelangte:

«Unabhängig davon, ob die Verstaatlichung als Methode geeignet ist oder nicht, kann es eine freie demokratische Gesellschaft nicht zulassen, daß private Machtgruppierungen ihre wirtschaftlichen Privilegien dazu ausnützen, den Kampf des Volkes um Prosperität und Sicherheit zu vereiteln. Und ebensowenig kann es geduldet werden, daß private Gruppen mehr Macht ausüben, als das demokratische Regierungssystem einem jeden von uns zuteilt.»

Die Kommission beschränkte ihre Arbeit auf eine Untersuchung der Frage des Gemeineigentums im Wirtschaftsleben. Der Bericht beschäftigt sich daher nicht mit sämtlichen

Aspekten der vielgestaltigen Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus; wichtige Gebiete, wie die Kultur- und Sozialpolitik und die Förderung der Wirtschaftsdemokratie wurden als außerhalb der Aufgaben der Kommission liegend erachtet. Aber die Kommission würde es begrüßen, wenn eine breite und umfassende Analyse unternommen werden könnte, in welcher dann alle großen, vor uns liegenden Aufgaben im Lichte unserer politischen Prinzipien zu untersuchen wären.

Der erste Teil des Berichtes prüft den historischen und theoretischen Hintergrund des Problems und erwägt die Argumente für und gegen die Sozialisierung. Seine Schlußfolgerung bewegt sich auf folgenden Linien.

Es wäre sinnlos, ein Nationalisierungsprogramm für die nächsten hundert Jahre auszuarbeiten. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, ein praktisches Programm für eine relativ kurze Zeitspanne aufzustellen, das heißt ein solches für Lebensbedingungen, welche wir mit einem ziemlich hohen Grad an Gewißheit überblicken können. Wir haben also darauf verzichtet, bindende Grundsätze aufzustellen, und wenn die Situation sich ändert, wird die ganze Frage nochmals überprüft werden müssen. Wenn demnach auch eine allgemeine Forderung auf Nationalisierung nicht gestellt werden soll, kann diese doch unter bestimmten Bedingungen eine geeignete Methode sein, insbesondere in den nachstehenden Fällen:

1. Wenn Privatunternehmertum und private Gesellschaften eine Schlüsselposition in der Wirtschaft einnehmen und Gemeineigentum das einzige mögliche Mittel darstellt, um eine verantwortliche und wirkungsvolle demokratische Kontrolle zu sichern;

2. wenn eine für die Gemeinschaft lebenswichtige volkswirtschaftliche Tätigkeit nach streng geschäftlichen Prinzipien nicht geführt werden kann oder wenn dies sozial unverantwortlich wäre;

3. wenn eine Privatfirma oder ein Wirtschaftszweig wegen Aufteilung in kleine unrentable Betriebe nicht in der Lage ist, die Produktionskapazität voll auszunützen und eine wirksame Koordination und Produktion auf keinem anderen Wege erreicht werden kann als durch die Nationalisierung;

4. wenn eine private Firma oder Gesellschaft eine Monopolstellung innehat und diese im Interesse ihrer eigenen Profite und in eindeutiger Verletzung der Interessen der Gemeinschaft ausbeutet;

5. wenn soziale, kulturelle und humanitäre Gründe wesentlicher Natur gegen das Dominierenlassen privater Profitinteressen sprechen;

6. wenn die Notwendigkeit der Lebensmittelversorgung oder Gründe der Landesverteidigung die Methode des Gemeineigentums wünschenswert machen.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft ist das Privateigentum von Land, welches in unserer Gesellschaft tief verwurzelt ist, die natürlichste und rationellste Form des Besitzes, und dies wird sich auch in der Zukunft, soweit wir sie überblicken können, nicht ändern. Hingegen muß die Gesellschaft genossenschaftliche Betriebsformen bewußt und systematisch fördern.

Ferner muß durch Einführung verschiedener Betriebsformen und dadurch, daß neues Land in Bebauung genommen wird, das kleine Familienanwesen auf einen vernünftigen Umfang vergrößert werden, wodurch der Kleinbauer und seine Familie nicht nur zu Vollbeschäftigung, sondern auch zu einem anständigen Einkommen gelangt. Durch wirksame finanzielle Maßnahmen muß der Staat eine bessere Grundlage für die Erstellung neuer und moderner landwirtschaftlicher Gebäude schaffen. Die Gesellschaft muß auch eine wirtschaftlichere und rationellere Verteilung der Produktion unter den bäuerlichen Anwesen verschiedener Größe und in den verschiedenen Teilen des Landes gewährleisten.

Forstwirtschaft

Die Waldungen müssen im weitesten Sinne des Wortes als gemeinsamer Besitz des Volkes betrachtet werden; das spricht für öffentliche Kontrolle und Leitung. Privatbesitz auf diesem Gebiet muß in erster Linie als soziales Treuhändertum gelten. Es läßt sich heute nicht entscheiden, ob in der Forstwirtschaft der Übergang des Besitzes in Gemeineigentum auf breiter Basis der beste und praktischste Weg ist, um die realen Möglichkeiten der Gesellschaft für Kontrolle und Leitung zu verbessern. Bevor hier endgültige Schlußfolgerungen gezogen werden können, ist noch eine gründliche Untersuchung der Frage nötig.

Fischerei

Aus Gründen der Tradition und der Naturgegebenheiten ist es vernünftig und natürlich, daß die arbeitenden Fischer Besitzer ihres Bootes und ihrer Ausrüstung sind. Das Recht der Fischer auf Besitz ihrer Boote muß wirtschaftlich durch eine geeignete Form öffentlicher Subventionen unterstützt werden. Durch verschiedene Mittel und Wege muß die öffentliche Hand einen umfassenden Modernisierungsprozeß auf diesem Gebiet in die Wege leiten.

Industrie

Die Kommission ist nicht bereit, eine generelle Empfehlung für Nationalisierungen der Industrie zu geben. Auf den meisten Gebieten ist der Staat imstande, durch seine Politik der industriellen Expansion seine Aufgabe auf der bisher befolgten Linie durchzuführen, zum Beispiel durch die Entwicklung neuer Industrien in Gebieten und Branchen, wo das Privatunternehmertum sich als unzulänglich erweist.

Dem Staat stellen sich eine Reihe von Aufgaben auf besonderen Gebieten. So sollte zum Beispiel sein Einfluß auf die Norsk Hydro erweitert werden, mit dem Ziel, es der Gesellschaft zu ermöglichen, Großlieferant für chemische Produkte in einem stärkeren Maß zu werden, als dies bis jetzt der Fall war.

Über die Frage der Überführung der pharmazeutischen Industrie in Gemeineigentum muß vorerst noch eine Untersuchung durchgeführt werden. Das gleiche gilt für die Zementindustrie: Norsk Jernverk (die Norwegischen Eisenwerke) muß weiterhin vergrößert werden, und der Staat sollte auch bei der Verbesserung und dem Ausbau der Schiffsbauindustrie mitwirken. Er sollte auch dafür sorgen, daß Autos und Autobestandteile in Norwegen hergestellt werden.

Wasserwerke sollten so weit wie möglich vom Staat, den Bezirken und Gemeinden kontrolliert werden, und Kraftwerke sollten Gemeineigentum sein und von der öffentlichen Hand betrieben und ausgebaut werden. Der Staat muß ferner die Kontrolle über die Produktion von Atomenergie haben und an ihr beteiligt sein.

Auf dem Gebiete des Verkehrs sollte der Sektor der öffentlichen Kontrolle allmählich erweitert werden, insbesondere was die Häfen betrifft, und die privaten Telephongesellschaften sollten von bereits bestehenden öffentlichen Gesellschaften übernommen werden. Auf dem Gebiete des lokalen Küstenverkehrs sollte die Koordination von Schiffs- und Autobuslinien in Betracht gezogen werden. Eine Mischung von kommunaler und privater Unternehmung dürfte hier angezeigt sein; auch Beteiligung des Staates wäre von Nutzen.

Wohnungswesen

Eine kräftige öffentliche Unterstützung des Wohnungsbaues muß weiterhin gefördert werden. Die Vorschriften, welche die Gewährung von Unterstützung und Darlehen durch die Bank für Wohnungswesen regeln, müssen weiterhin genossenschaftliche Baugesellschaften und kleine, vom Besitzer selbst bewohnte Häuser begünstigen. Private Spekulation im Bauwesen sollte nicht geduldet werden.

Einzelhandel

Für den Einzelhandel ist, im Hinblick auf seine gegenwärtige Struktur, die Methode der Nationalisierung nicht anwendbar. Beim Verkauf medizinischer Artikel muß sich jedoch der Staat direkt einschalten, und die Frage der Nationalisierung der Apotheken muß unverzüglich geprüft werden.

Öffentliche Konsumgenossenschaften sollten in vermehrtem Maße errichtet werden. Für die Verbesserung und Rationalisierung der Warenverteilung sind staatliche Maßnahmen notwendig.

Bankwesen

Die Kommission erklärt nachdrücklich, daß Banken und Kreditinstitute eine Schlüsselstellung im Wirtschaftsleben einnehmen. Es sollten Schritte unternommen werden, um die öffentliche Kontrolle über das Bankwesen auszudehnen, um Gewähr zu schaffen, daß die Banken die vom Staat erlassenen wirtschaftlichen Direktiven auch wirklich befolgen. Sparbanken haben ihre eigene Aufgabe und sollten auf der gegenwärtigen Grundlage weiter ausgebaut werden.

Um die Befriedigung von Import- und Kreditbedürfnissen sicherzustellen, empfiehlt die Kommission die Gründung einer staatlichen Handelsbank, die auf der gleichen Grundlage wie die Privatbanken arbeiten müßte.

Blick in die Zeitschriften

In verschiedenen deutschen Zeitschriften sind Artikel erschienen, die in warnender, teilweise alarmierender Tonart auf gefährliche Tendenzen in der deutschen Innen- und Außenpolitik hinweisen und den unlösbaren inneren Zusammenhang der Probleme Wiedervereinigung — Abrüstung — realistische deutsche Ostpolitik unterstreichen.

So wendet sich *Eugen Kogon* im Leitartikel seiner *«Frankfurter Heften»* (1) «gegen den Immobilismus in der Politik»: «Jetzt steigert die Anwendung der Formel ‚Keine Experimente‘ den politischen Immobilismus auf beiden Seiten, und er birgt die Gefahr in sich, daß sowohl die militärischen als auch die ideologischen Kräfte sich anstauen, bis sie ausbrechen.» Demgegenüber sei es dringend notwendig, sich aus dem «Teufelszirkel» zu befreien, «der ungebrochen auf den universellen Gewalttod hinausläuft». Um die gegenwärtige Weltpolitik «aus ihrer lebensgefährlichen, dogmatischen Sterilität» zu erlösen, müsse man neue Ideen entwickeln und zur Diskussion stellen; eine dieser Ideen ist nach Kogon die Notwendigkeit, «zu einem anderen Verhältnis dem Osten gegenüber» zu gelangen, «damit sich den Westslawen und den Ostdeutschen Aussichten auf Selbstbestimmung eröffnen — nichts werden die einen ohne die Lösung des Problems der andern erreichen, und beide nichts ohne eine umfassendere Verständigung.» Mit Recht verwahrt sich Kogon gegen Verdächtigungen, die gerade in Deutschland sich immer wieder sofort gegen Politiker erheben, die kühne Gedanken entwickeln: «Ist jemand unzuverlässig, weil er, um einen dauernden Gefahrenherd beseitigen zu helfen, Gedanken vorbringt, die unbequem erscheinen, sicherlich kühn, zweifellos nicht risikofrei, aber geeignet, uns aus der Unfruchtbarkeit des herrschenden politischen Maginotlinien-Denkens zu befreien?»

Ähnliche Gedanken entwickelt Prof. Dr. *Johann Albrecht von Rantzau*, Ordinarius für Geschichte an der Technischen Universität Berlin, in einem Aufsatz «Volksbewegung für Wiedervereinigung und westdeutsche Tabus», aus dem wir hier nur einen Satz zitieren können: «Auf die Dauer gesehen, wird verhandelt werden müssen. Sonst wird entweder der Wiedervereinigungswille versanden oder sich auf den Weg gewaltsamer Abenteuer begeben.» Dieser Aufsatz ist im Januarheft der *«Deutschen Rundschau»*